

~~II-11777~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5745/10

1993 -12- 03

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner und FreundInnen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl über eine Wehrpflicht österreichischer Staatsangehöriger bei der Deutschen Bundeswehr

In der Zeitschrift "Der Spiegel" Nr. 47/1993 Seite 184 wird folgende Bemerkung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl zitiert:

'Auf die Frage, ob er in der Neutralität Österreichs ein Problem für die angestrebte gemeinsame europäische Sicherheitspolitik sehe, antwortete Kohl allzu großdeutsch: Ein junger Mann in Berchtesgaden werde es wohl kaum verstehen, warum er in der Bundeswehr diene "und sein Kollege in Salzburg nicht".'

Bundeskanzler Kohl hat mit dieser skandalösen Aussage in zweifacher Weise unmißverständliche Anspielungen an einen österreichischen Anschluß an Deutschland von sich gegeben:

1. O. a. Zitat zufolge sieht Bundeskanzler Helmut Kohl einen Mangel darin, daß österreichische Staatsangehörige nicht in der Deutschen Bundeswehr dienen müssen. Eine derartige Wehrpflicht ist aber jedenfalls mit der Errichtung eines multinationalen europäischen Sicherheitssystems unvereinbar und bezieht sich zwingend auf einen staatlichen Anschluß Österreichs an die BRD und nicht auf die Errichtung einer europäischen Sicherheitsarchitektur.
2. Die Auswahl des Ortsbeispiels Berchtesgaden erinnert zweideutig an die Verhandlungen des letzten österreichischen Regierungschefs, Kurt von Schuschnigg, im Februar und März 1938, als dieser sich den unverhohlenen Anschlußdrohungen Adolf Hitlers und der von ihm kommandierten Wehrmacht aussetzen mußte. Diese Gespräche stehen unmittelbar vor der historischen Tragödie des deutschen Einmarsches in das österreichische Bundesgebiet.

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Ansicht, daß eine derartige Entgleisung eines deutschen Regierungschefs gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit nicht unwidersprochen bleiben darf. Die Notwendigkeit, daß Österreicher bei der Deutschen Bundeswehr ihren Wehrdienst ableisten müßten, ist sehr viel mehr als eine politische Meinung für oder gegen ein europäisches Sicherheitssystem. Sie stellt den unverhohlenen Anspruch, daß deutsche militärpolitische Interessen über den Interessen Österreichs überwiegen und spielt mit der Idee, daß die Republik Österreich in der BRD aufgehen könnte. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die

österreichische Bundesregierung eine derartige Diktion keinesfalls widerspruchslos hinnehmen kann und darf.

Aus diesen Gründen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. In welcher Form haben Sie gegenüber der deutschen Bundesregierung den offiziellen Protest der österreichischen Bundesregierung und die Aufforderung nach einer öffentlichen Entschuldigung des deutschen Bundeskanzlers beim österreichischen Volk vorgebracht?
2. Im Falle, daß dies noch nicht geschehen ist: Mit welchen Schritten werden Sie den deutschen Bundeskanzler zu einer Klarstellung drängen?
3. Wie denkt der Außenminister über die Möglichkeit, daß ein deutscher Bundeskanzler direkte oder indirekte Anspielungen auf einen zweiten Anschluß Österreichs an Deutschland öffentlich von sich gibt?
4. Wie wird er grundsätzlich auf derartige Vorgangsweisen reagieren, wenn sie künftig eintreten sollten?
5. Wie lautet, sofern sie vorliegt, die Klarstellung bzw. Entschuldigung des deutschen Bundeskanzlers zu den erwähnten Äußerungen?